



Federführend bei den GPK: Claude Janiak, Maria Roth-Bernasconi und Pierre François Veillon (v.l.). Foto: EQ Images

# «Schockierendes Klima des Misstrauens im Bundesrat»

Parlamentsbericht zeigt alarmierende Mängel in der Arbeitsweise des Bundesrats.

**Von Markus Brotschi, Bern**

Über ein Jahr haben je sechs Mitglieder der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) von National- und Ständerat das Verhalten der Bundesbehörden in der Finanz- und UBS-Krise untersucht. Das Positive vorweg: Nationalbank, Bankenaufsicht, Finanzverwaltung und die Schweizer Botschaft in Washington haben professionell gearbeitet und dazu beigetragen, dass die Schweiz glimpflich durch die Finanzkrise gekommen ist. Ein desolates Bild zeichnet der 370 Seiten starke Bericht dagegen vom Bundesrat. Dessen Mitglieder hätten sich trotz Krisensituation in erster Linie ihrem Departement verpflichtet gefühlt. Dieses Bundesratsverständnis drohe das Kollegialprinzip auszuhöhlen.

Die härteste Kritik richtet sich an Finanzminister Hans-Rudolf Merz, der das Krisenmanagement leitete. «Bundesrat Merz arbeitete für sich alleine», sagte Pierre-François Veillon (SVP, VD), Präsident der mit der GPK-Untersuchung beauftragten Subkommission. Obwohl Merz bereits im Frühling 2008 von Schwierigkeiten der UBS mit Kundendossiers in den USA wusste, habe er den Bundesrat erst am 19. September 2008 informiert - und das nur «kurz» sowie mit «widersprüchlichen Aussagen». Der Vorwurf der mangelhaften Information gilt für die ganze Finanzkrise: «Während fünf Monaten kümmerte sich der Bundesrat nicht um die Finanzkrise», schreiben die Geschäftsprüfer. Der Gesamtbundesrat und sein Wirtschaftsausschuss seien am Krisenmanagement nicht beteiligt gewesen.

## «Klima des Misstrauens»

Dabei hatte Merz bereits im Mai 2008 wegen des steigenden Drucks in den USA auf die Herausgabe von UBS-Kundennamen eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Geleitet wurde diese von Alexander Karrer, Leiter der Abteilung für internationale Finanzfragen und Geldpo-

litik im Finanzdepartement. Im Bundesrat war dies jedoch während Monaten kein Thema, weil Merz die Sache bei sich behielt. So weit aus den Befragungen der GPK hervorgeht, hat Merz das Kollegium vom 21. April bis zum 29. August kein einziges Mal über die Probleme der UBS in den USA informiert. «Der Bundesrat war demnach im massgeblichen Zeitraum kein Akteur.»

Ein Grund für das Verhalten von Merz war offenbar dessen Angst vor Indiskretionen, durch welche börsenrelevante Informationen hätten nach aussen gelangen können. Zwar zeigen die GPK bis zu einem gewissen Grad Verständnis für die Sorge. Es sei allerdings «schockierend, dass im Bundesrat ein derartiges Klima des Misstrauens herrscht» und deshalb so wichtige Informationen zurückbehalten würden, sagte GPK-Mitglied Corina Eichenberger (FDP, AG).

## Die anderen schwiegen

Der Arbeitsgruppe Karrer habe Merz kein formelles Mandat erteilt und über den Auftrag sei nichts Schriftliches vermerkt, kritisierte Veillon. In der Regel habe er den Bundesrat nur mündlich über die Situation informiert, sagte Merz der GPK. «Er unterliess es bewusst, schriftlich zu informieren» stellen die GPK fest. Merz begründete sein Verhalten mit der Erfahrung, dass er in seinem Heimatkanton den Konkurs der Ausserrhoder Kantonbank handhaben musste.

Die anderen Bundesratsmitglieder trifft laut GPK auch Schuld. Sie gaben den GPK zu Protokoll, Merz mehrfach zur Entwicklung befragt zu haben. Der Finanzminister habe jeweils zu verstehen gegeben, dass alles unter Kontrolle sei und es keinen Anlass zur Sorge gebe. Mit diesen Beschwichtigungen gaben sie sich zufrieden. Offenbar sahen Außenministerin Calmy-Rey und Justizministerin Widmer-Schlumpf keinen An-

lass zur Intervention, obwohl aus ihren Departementen Experten in der Arbeitsgruppe Karrer vertreten waren. Die Experten gaben an, ihre Bundesrätinnen informiert zu haben. Die gleiche Kritik äussern die GPK auch gegenüber Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard. Diese sitzt im bundesrätlichen Wirtschaftsausschuss, welchen Merz im April 2008 über die bedrohliche Finanzlage der UBS informiert habe.

## Alleingang mit Folgen

Folgen hatte der monatelange Alleingang von Merz auch, weil er am 20. September - nur einen Tag nach seiner Information des Bundesrats - einen Herzstillstand erlitt und für Wochen ausfiel. Der Auftrag des Bundesrats, schriftliche Szenarien auszuarbeiten, falls im Falle der UBS schnell gehandelt werden müsse, blieb unerfüllt. Nach der Rückkehr am 3. November wartete Merz vier Wochen, bis er sich persönlich von Stellvertreterin Widmer-Schlumpf über die Geschehnisse ins Bild setzen liess. Eine «geordnete Amtsübergabe» habe Merz «nicht als notwendig erachtet», so die GPK. Am 15. Oktober hatte der Bundesrat das Rettungspaket für die UBS geschnürt. Hätte Merz das Gremium über die Finanzprobleme der UBS früher informiert, wäre die Milliardenhilfe wohl nicht über Nacht und unter Ausschluss des Parlaments beschlossen worden, sagte Maria Roth-Bernasconi (SP, GE), Präsidentin der Nationalrats-GPK.

Eine erste materielle Diskussion über den UBS-Konflikt mit den USA fand im Bundesrat erst am 12. Dezember 2008 statt, als die Lage bereits prekär war. An dieser Sitzung musste Merz Vorwürfe einstecken, dass er die Problematik bezüglich der Kundendaten zu spät unterbreitet habe. Merz bestritt dies.

Eine Rücktrittsforderung an Merz unterliessen die GPK. Dies sei nicht die Aufgabe der Geschäftsprüfung, sagte Roth-Bernasconi.